

Positionspapier: Gefährliche Verurteilung, Israels autoritäre Zerschlagung der palästinensischen Zivilgesellschaft, ein Angriff auf die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit

30. Oktober 2021

1. Einleitung

Am 19. Oktober 2021 gab der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz die Einstufung von sechs führenden palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) als „Terrororganisationen“ gemäß dem israelischen Anti-Terror-Gesetzes (2016) bekannt, was die Organisationen in der Konsequenz verbietet und sie der Gefahr von Repressalien aussetzt. Bei den sechs betroffenen Organisationen handelt es sich um: Addameer Prisoner Support and Human Rights Association (Addameer), Al-Haq Law in the Service of Man (Al-Haq), Bisan Zentrum für Forschung und Entwicklung, Defence for Children International-Palestine (DCI-P), die Union of Agricultural Work Committees (UAWC) und die Union of Palestinian Women's Committees Komitees (UPWC).

Diese Organisationen stehen seit Jahrzehnten an führender Stelle in der palästinensischen Zivilgesellschaft, sie haben maßgeblich zur Förderung der Menschenrechte sowie der Rechte von Gefangenen und Kindern beigetragen, zur Stärkung der Rolle der Frau sowie zur sozioökonomischen, landwirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung, in dem Bemühen, die palästinensischen Stimmen in Palästina und in der Welt zu vertreten. Addameer bietet rechtliche Unterstützung für palästinensische politische Gefangene und deckt Menschenrechtsverletzungen auf, die von der israelischen Besatzungsmacht an ihnen begangen werden. Al-Haq setzt sich für den Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ein, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und fordert die Rechenschaftspflicht für Israels Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Bisan Center verteidigt die sozioökonomischen, politischen und bürgerlichen Rechte der Armen und Ausgegrenzten in der palästinensischen Gesellschaft. Defence for Children International-Palestine (DCI-P) setzt sich für die Rechte palästinensischer Kinder ein, indem sie rechtliche Unterstützung für die Schwächsten anbieten, sowohl national als auch international. Die Union of Agricultural Work Committees (UAWC) unterstützt die landwirtschaftliche Entwicklung, indem sie die palästinensischen Bauern in nachhaltiger und gemeinschaftsbasierter Weise stärkt. Die Union of Palestinian Women's Committees Komitees (UPWC) ist eine feministische Organisation, deren Ziel es ist, palästinensische Frauen beim Aufbau einer palästinensischen Gesellschaft zu stärken, die frei von allen Formen der Diskriminierung ist.

.....

3. Die jüngste Entwicklung in einer immer intensiver werdenden Verleumdungskampagne, die auf die Diskreditierung und Vereitelung der Arbeit palästinensischer Menschenrechtsorganisationen abzielt

Die Einstufungen stellen die jüngsten Bemühungen einer systematischen, sorgfältig orchestrierten und institutionalisierten Verleumdungskampagn dar, die sich gegen palästinensische Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger richtet. Zu dieser Kampagne gehören Diffamierung, Angriffe auf die Finanzierung, Aufstachelung zu Rassenhass, Hassreden, Gewalt und Morddrohungen mit dem letztlich Ziel, ein Umfeld des Zwanges und einen immer engeren Freiraum zu schaffen, in dem ihre Arbeit unmöglich wird. Diese Kampagne hat die Handlungsfähigkeit der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen stark beeinträchtigt, was für viele palästinensische NROs auch bedeutet, dass sie keinen Zugang zu ausländischen Finanzmitteln haben.

Die jüngste dieser Verleumdungen geschah in Form von drei Berichten, die vom israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten in den Jahren 2018 und 2019 veröffentlicht wurden, darunter: „The Money Trail 1“ (Mai 2018),

11) *Ministry of Strategic Affairs and Public Diplomacy, 'The Money Trail – The Millions Given by EU Institutions to NGOs with Ties to Terror and Boycotts against Israel – An In-Depth Analysis' (May 2018)*
„The Money Trail 2“ (Januar 2019) und „Terrorists in Suits“ (Januar 2019).

Diese Schriften enthalten eine Reihe von diffamierenden Angriffen gegen Menschenrechtsorganisationen. Vor allem forderten diese Berichte die Europäische Union (EU) und die europäischen Staaten auf, ihre direkte und indirekte finanzielle Unterstützung und Finanzierung von palästinensischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen einzustellen, die „Verbindungen zum Terror haben und den Boykott gegen Israel fördern“¹²

12) *Ministry of Strategic Affairs and Public Diplomacy, 'The Money Trail – The Millions Given by EU Institutions to NGOs with Ties to Terror and Boycotts against Israel – An In-Depth Analysis' (May 2018)*

Palästinensische Menschenrechtsverteidiger wurden auch mit einer Verleumdungskampagne und mit der Aufforderung zur Gewalt angegriffen, die vom israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten im Internet, insbesondere auf Facebook und anderen öffentlichen Plattformen geführt wurde.¹³

13) *Al-Haq, 'Israeli Minister for Strategic Affairs Continues Attack on Al-Haq' (25 July 2019), nachzulesen unter: <https://www.alhaq.org/advocacy/14498.html>*

Die israelischen Behörden haben selbst auf die Aufstachelung zur Gewalt zurückgegriffen. Im März 2016 rief der Minister für Geheimdienste, Yisrael Katz, zur „gezielten zivilen Eliminierung“ von führenden Vertretern der palästinensischen Zivilgesellschaft mit Hilfe des israelischen Geheimdienstes auf, „unter Verwendung einer Sprache, die bewusst an den hebräischen Begriff für ‚gezielte Tötungen‘ erinnert“.¹⁴

14) *Michael Schaeffer Omer-Man, 'Senior Israeli minister: Make BDS activists in Israel pay a price' (+972 Magazine, 16 June 2016), zu finden unter: <https://972mag.com/senior-israeli-minister-says-working-to-make-bdsactivists-in-israel-pay-a-price/120084/>*

Die Verleumdungskampagne hat sich seit 2015 dramatisch verschärft, als die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) eine Voruntersuchung zur Lage in Palästina eröffnete. Seitdem richten sich die Angriffe und Schikanenkampagnen, einschließlich Morddrohungen, gegen Mitarbeiter der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich am aktivsten in internationalen Justizmechanismen engagieren, um

israelische Täter für Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen. 15 und 16

15 *Open Society Foundation*, „*Threats against Palestinian Lawyer Over ICC Work Must End*” (11 August 2016), nachzulesen unter: <https://www.opensocietyfoundations.org/newsroom/threats-against-palestinian-lawyer-over-icc-workmust-end>.

16 *Al-Haq*, „*Israel’s Ongoing and Systematic Smear Campaign against Al-Haq and its Staff Members*” (22 October 2020), findet sich unter: <https://www.alhaq.org/advocacy/17466.htm>

4. Behinderung der Rechenschaftspflicht für internationale Verbrechen

Die israelischen Zuschreibungen stellen einen gezielten Angriff auf die Organisationen dar, die sich am aktivsten in internationalen Justizmechanismen dafür einsetzen, dass israelische Täter für Verstöße gegen internationales Recht, insbesondere vor dem Internationalen Strafgerichtshof, zur Rechenschaft gezogen werden. Al-Haq, zum Beispiel, hat sich in einer konstanten und konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Büro der Anklägerin des IStGH seit über einem Jahrzehnt engagiert.¹⁷

17 *Al-Haq also engaged with the court in other situations. For example, in March 2020, Al-Haq submitted an amicus curiae submission to the Appeals Chamber of the ICC, in the case of the Prosecutor v Bosco Ntaganda. Al-Haq Submits Amicus Curiae Submission to International Criminal Court on International Humanitarian and Criminal Law*, <https://www.alhaq.org/advocacy/17399.html>

Im Jahr 2017 reichte beispielsweise Shawan Jabarin, der Generaldirektor von Al-Haq, zusammen mit der Menschenrechtsanwältin Nada Kiswanson eine 700-seitige Mitteilung ein, die eine „zwingende und plausible Grundlage für die Staatsanwaltschaft darstellt, eine Untersuchung der Verbrechen einzuleiten, die, wie angegeben, gegen die palästinensische Bevölkerung in der besetzten Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, begangen worden sein sollen.“¹⁸

18) *Palestinian Human Rights Organisations Submit Evidence to the ICC Prosecutor on Crimes Committed in West Bank*, <https://www.alhaq.org/advocacy/6318.html>

Im Jahr 2018, reichten Al-Haq, Al Mezan und das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) ein 500-seitiges Dossier über vermutliche Verbrechen ein, die von Israelis begangen wurden, insbesondere von hochrangigen israelischen Beamten, und Personen, die mit Unternehmen verbunden sind, die palästinensische natürliche Ressourcen ausbeuten und zerstören.¹⁹

19) *Palestinian Human Rights Organisations Submit File to ICC Prosecutor: Investigate and Prosecute Pillage, Appropriation and Destruction of Palestinian Natural Resources*, <https://www.alhaq.org/advocacy/6144.html>

Die Organisationen lieferten eine solide Grundlage für die Annahme, dass Israelis und private Akteure, die Kriegsverbrechen der umfassenden Zerstörung und Aneignung von Eigentum begangen haben sowie Plünderung, Zerstörung und Beschlagnahme von Eigentum.²⁰

²⁰ *Ibid.*

Im Jahr 2020 reichten Al-Haq, PCHR, Al Mezan und Al-Dameer ihre gemeinsamen Amicus-Curiae-Stellungnahmen bei der Vorverfahrenskammer des IStGH ein, in denen die Organisationen wiederholten,

dass es eine „zwingende und dringende Notwendigkeit für die Eröffnung einer formellen Untersuchung über die Situation in Palästina gebe. 21

21) *Palestinian Human Rights Organisations Submit Amicus on Territorial Jurisdiction of the State of Palestine, to the Pre Trial Chamber of the International Criminal Court,*

<https://www.alhaq.org/advocacy/16609.html>

Al-Haq steht weiterhin in ständigem und konstruktivem Kontakt mit dem Büro der Anklage zu den Ermittlungen über die Lage in Palästina.

In seinem Bericht über vorläufige Prüfungsaktivitäten (2016) stellte das Anklagebüro fest, dass „Mitarbeiter bestimmter Organisationen, die für das Anklagebüro relevante Informationen gesammelt haben wie Al-Haq und Al-Mezan Center for Human Rights, Drohungen und anderen offensichtlichen Akten der Einschüchterung und Beeinflussung ausgesetzt waren“ 22.

22) *The Office of the Prosecutor, Report on Preliminary Examination Activities 2016, p. 32, para. 144, erhältlich unter:*https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-rep-PE_ENG.pdf

Das Anklagebüro fügte hinzu dass diese Situation „sehr ernst“ genommen werde.²³

23) *The Office of the Prosecutor, Report on Preliminary Examination Activities 2016, p. 32, para. 144, nachzulesen unter :*https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-rep-PE_ENG.pdf

Weiter hieß es in dem Bericht, das Anklagebüro habe „sich mit den betroffenen Organisationen und Personen beraten und mit den niederländischen Behörden Kontakt aufgenommen, um sicherzustellen, dass geeignete Schritte und Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation zu entschärfen.“ 24

24) *The Office of the Prosecutor, Report on Preliminary Examination Activities 2016, p. 32, para. 144, zu unter:* https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-rep-PE_ENG.pdf

Dieser fortgesetzte gezielte Angriff auf die palästinensische Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen richtet sich einmal mehr darauf, ihre Arbeit für die Rechenschaftspflicht zu behindern, um zu verhindern, dass der ICC Informationen und Dokumentationen über Israels Menschenrechtsverletzungen erhält, insbesondere solche, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnten.

Willkürliche Festnahme und Inhaftierung zur Unterdrückung der Aufklärung von Israels Apartheid durch Menschenrechtsverteidiger

Jahrzehntelang haben Palästinenser, einschließlich der Menschenrechtsverteidiger, gegen die israelische Besatzung und den Siedlerkolonialismus mobilisiert und für die Verwirklichung ihrer unveräußerlichen Menschenrechte gekämpft, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, Exilanten in der Diaspora und Binnenvertriebene.²⁵

25) *Al-Haq, Q&A The Great Return March: One Year On (25 May 2019), unter:*

<https://www.alhaq.org/advocacy/6044.html>

Im Laufe der Jahre hat die Erkenntnis zugenommen, dass Israel ein Apartheidsystem über das gesamte palästinensische Volk, einschließlich der Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten, errichtet und aufrechterhalten hat. 26

26) See, e.g., *Al-Haq et al., 'Joint Parallel Report to the United Nations Committee on the Elimination of Racial Discrimination on Israel's Seventeenth to Nineteenth Periodic Reports', 10 November 2019; OHCHR, 'Israeli annexation of parts of the Palestinian West Bank would break international law – UN experts call on the international community to ensure accountability', 16 June 2020*

Israels setzt systematisch willkürliche Verhaftungen, Folter und andere Misshandlungen gegen Palästinenser, einschließlich Menschenrechtsaktivisten ein, die die sich engagieren, um Israels Politik, Gesetze und Praktiken der rassistischen Vorherrschaft und Unterdrückung herauszufordern.27

27) See *Al-Haq et al., 'Joint Submission to the United Nations Special Rapporteur on the Situation of Human Rights Defenders, Ms Mary Lawlor, in Response to a Call for Input on Long-Term Detention of Human Rights Defenders', 19 March 2021.*

Die Arbeit der Menschenrechtsaktivisten deckt auf, wie sich die israelische Besatzung ihrer Verantwortung entzieht und belegt die ständigen Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsgesetze (IHRL) und das humanitäre Völkerrecht (IHL) in den besetzten Gebieten. Die Zuschreibungen sollten daher im Zusammenhang mit Israels systematischer Politik der Unterdrückung der Opposition verstanden und wahrgenommen werden, um sein Apartheidsystem über das palästinensische Volk als Ganzes aufrechtzuerhalten.

Vor allem Artikel II(f) der Apartheid-Konvention von 1973, erkennt als ein Element des Verbrechens der Apartheid die „Verfolgung von Organisationen und Personen, indem ihnen die Grundrechte und -freiheiten vorenthalten werden, weil sie Apartheid ablehnen“. Ferner heißt es in Artikel 13 der UN-Erklärung über Menschenrechtsverteidiger, dass jeder das Recht hat, Mittel zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte mit friedlichen Mitteln zu erbitten, zu erhalten und zu nutzen, um Menschenrechte mit friedlichen Mitteln zu schützen und zu fördern. Während Artikel 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und Artikel 9, Absatz 1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), dem Israel als Vertragsstaat beigetreten ist, jedem das Recht garantieren, nicht willkürlich inhaftiert zu werden.

Palästinensische Menschenrechtsverteidiger und Gesundheitsversorger sind in den vergangenen Jahren zunehmend zur Zielscheibe geworden.28

28) *Al-Haq, DEPRIVED A VOICE: An Investigation into Shrinking Space in Area C (14 December 2020), unter: <https://www.alhaq.org/publications/17636.html>*

Beispiele sind die jüngsten willkürlichen Verhaftungen von Frau Shatha Odeh Abu Fannouneh,29

29) See *Al-Haq, 'Urgent Appeal for the Immediate Release of Human Rights Defender, Ms. Shatha Odeh Abu Fannouneh, General Director of the Health Work Committee', 23 July 2021* und Herrn Farid al-Atrash,30.

30) Siehe *Al-Haq, 'Urgent Appeal to United Nations Special Procedures on the Arbitrary Detention of the Human Rights Defender Farid al-Atrash', 6 July 2021.*

sowie der Entzug der Aufenthaltsgenehmigung des palästinensischen Anwalts Salah Hammouri,³¹

31) *Mondoweiss, Israel revokes Jerusalem residency of Palestinian human rights lawyer Salah Hamouri (19 October 2021)*, unter: <https://mondoweiss.net/2021/10/israel-revokes-jerusalem-residency-of-palestinian-humanrights-lawyer-salah-hamouri/>

Sie zeigen Israels aktuelle und kontinuierliche Versuche, Menschenrechtsverteidiger von der Überwachung und Dokumentation der andauernden israelischen Rechtsverletzungen abzuschrecken.³²

32) *Al-Haq, „Al-Haq Sends an Urgent Appeal on the Arbitrary Detention and „Severe Suffering“ of Human Rights Defender Ms. Shatha Odeh Abu Fannouneh, General Director of the Health Work Committee“ (24 July 2021)*, unter: <https://www.alhaq.org/advocacy/18644.htm>

Gleichzeitig setzen die harten Sanktionen in Israels Anti-Terror-Gesetz von 2016, das 25 Jahre für die Führung oder Leitung, 15 Jahre für die Verwaltung und 5 Jahre für die Mitarbeit in einer so genannten „ausgewiesenen Terrororganisation“ vorsieht, die palästinensischen Menschenrechtsverteidiger, die in diesen Organisationen aktiv sind, einem extremen Risiko von willkürlicher Inhaftierung und Prozessmissbrauch bei der Ausübung ihrer Menschenrechtsarbeit aus. ³³

33) *THE COUNTER-TERRORISM LAW, 5776-2016, para. 20-22.*

6. Schlussfolgerung: Beunruhigende Bestätigung der Verschärfung der israelischen Siedler-Kolonial- und Apartheid-Herrschaft über Palästina und das palästinensische Volk

Israels willkürliche Einstufung von palästinensischen Menschenrechtsvereinigungen als „terroristische Organisationen“, ist ein weiterer Versuch Israels, ihre Arbeit zur Förderung von Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht zu delegitimieren und zu untergraben. Daher fällt sie unter das Verbot unmenschlicher Handlungen, die in Artikel II(f) der Apartheid-Konvention von 1973 als „Verfolgung von Organisationen“ aufgeführt sind sowie von Personen durch den Entzug von Grundrechten, Rechten und Freiheiten, weil sie sich der Apartheid widersetzen“. Die Unterdrückung von Widerstand und Opposition gegen ihre diskriminierenden Gesetze, Politik und Praktiken ist eine wesentliche Stütze für die Aufrechterhaltung ihres Regimes der kolonialen Vorherrschaft und systematischen Unterdrückung des palästinensischen Volkes und seines Landes. Durch die Unterdrückung der palästinensischen Zivilgesellschaft und derjenigen, die sich für die Menschenrechte einsetzen und die Gesundheitsversorgung sicherstellen in den besetzten Gebieten in solch kritischen Zeiten, hält Israel seine repressive und militärische Besatzung und sein institutionalisiertes Apartheidregime aufrecht. Gleichzeitig weitet es seine Kolonisierung und Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete aus und verweigert dem palästinensischen Volk seine unveräußerlichen grundlegenden Menschenrechte.

Ungeachtet dessen hat die palästinensische Zivilgesellschaft enorme Unterstützung bekommen auf den Ebenen der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und der Vereinten Nationen sowie von Einzelpersonen und Gruppen der internationalen Zivilgesellschaft, einschließlich Menschenrechtsorganisationen und -netzwerken, Rechtsexperten und Gelehrten. Auf EU-Ebene beschreibt Manu Pineda, Vorsitzender der Delegation des EU-Parlaments für die Beziehungen EU-Palästina, die Einstufung durch Israel als „den letzten Schritt in einer Kampagne zur Delegitimierung palästinensischer Menschenrechts-

organisationen und der Zivilgesellschaft“ 34.

34) See „Statement of the Chair Manu Pineda on the Designation of Palestinian Rights Groups as ‚Terrorist Organizations,‘ by Israel,“ 25 October 2021,

<https://www.europarl.europa.eu/delegations/en/statement-of-the-chair-manu-pineda-on-th/product-details/20211025DPU31524>

Die Sozialdemokratische Fraktion des EU-Parlaments bezeichnete die Entscheidung als „inakzeptabel“ 35.

35 See Socialists & Democrats Group’s tweet,

<https://mobile.twitter.com/TheProgressives/status/1452590055499911171>

EU-Amtsträger sagten offen, dass es sich um einen Versuch handeln könnte, Druck auf die Entscheidungsfindung der EU-Geldgeber auszuüben, 36

36) Andrew Carey and Abeer Salman, „Israel Labels Six Palestinian Civil Society Groups ‚Terrorist,‘ Setting Challenge for International Donors, CNN, 23 October 2021,

<https://edition.cnn.com/2021/10/22/europe/israelpalestinian-civil-society-groups-intl/index.html>

Sie stellten weiter fest, dass „Behauptungen über den Missbrauch von EU-Geldern in Bezug auf einige unserer palästinensischen CSO-Partner nicht bewiesen wurden“.

Eamon Gilmore, EU-Sonderbeauftragter für Menschenrechte, twitterte dass „die EU sich weiterhin an das Völkerrecht halten und zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen wird“. 38

37) Siehe Tom Bateman, BBC Middle East correspondent,

<https://twitter.com/tombateman/status/1451611335108792322?s=20> 38

38) Siehe Eamon Gilmore’s tweet,

<https://twitter.com/EamonGilmore/status/1452600646243344393?s=20>

Eine Reihe von EU-Staaten hat ebenfalls ihre Unterstützung für die sechs Organisationen zum Ausdruck gebracht, allen voran Per Olsson Fridh, schwedischer Minister für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten, der die schwedische Besorgnis „über den rasch schrumpfenden Raum für palästinensische CSOs“ unterstrich und betonte, dass „die Zivilgesellschaft ein wichtiger Akteur bei der Arbeit für eine gute Regierungsführung und eine zukunftsfähige Entwicklung in Palästina“ sei. 39

39) Siehe Per Olsson Fridh’s tweet,

<https://twitter.com/thinkper/status/1452232552597577737>

Der irische Außenminister Coveney erklärte später dass „[C]ivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Völkerrecht, Frieden, Menschenrechten und demokratischen Werten spielten. Irland wird diese Bemühungen weiterhin auf bilateraler Ebene sowie auf EU- und UN-Ebene unterstützen“. 40

40 Irish Department of Foreign Affairs, „Statement by Minister Coveney on the Designation of Palestinian NGOs as Terrorists Organisations,“ 27 October 2021, <https://www.dfa.ie/news-and-media/press-releases/press-releasearchive/2021/october/statement-by-minister-coveney-on-the-designation-of->

[palestinian-ngos-as-terroristorganisations.php](https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=27702&LangID=E)

Auf UN-Ebene verurteilten die Experten der UN-Sonderverfahren in einer Erklärung vom 25. Oktober 2021 die „Einstufung der palästinensischen Menschenrechtsverteidiger als terroristische Organisationen“ durch Israel und riefen die internationale Gemeinschaft dazu auf, „alle politischen und diplomatischen Mittel zu nutzen, um Israel aufzufordern, diese Entscheidung zu überprüfen und rückgängig zu machen“.41

41) UNHCR, „UN Experts Condemn Israel’s Designation of Palestinian Human Rights Defenders as Terrorist Organizations,” 25 October 2021,

<https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=27702&LangID=E>

Mary Lawlor, UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger, betonte, dass „Menschenrechtsverteidiger keine Terroristen“ sind und „niemals auf diese Weise verleumdet werden“ sollten 42

42) Siehe Mary Lawlor’s tweet, <https://twitter.com/MaryLawlorhrds/status/1451549710184026127?s=20>

Clement Voule, UN-Sonderberichterstatter für die Vereinigungsfreiheit, fügte hinzu, dass „[d]er Kampf für die Menschenrechte, die Forderung nach Rechenschaftspflicht, gegen willkürliche Verhaftungen zu kämpfen, eine legitime Arbeit ist und respektiert werden muss [...]“.43

43) Siehe Clement Voule’s tweet, <https://twitter.com/cvoule/status/1452226671499751427>

Lynn Hastings, Koordinatorin der Vereinten Nationen für Residenz und humanitäre Hilfe, äußerte ihre Besorgnis über die Einstufungen und erklärte, dass „diese [...] den zunehmenden Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen in den besetzten Gebieten verstärken und das Potenzial haben, deren humanitäre Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit ernsthaft zu untergraben“.44

44) See „Statement by the United Nations Resident and Humanitarian Coordinator, Lynn Hastings, on the Israeli Designation of Civil Society Organizations in the Occupied Palestinian Territory,” 25 October 2021,

<https://www.ochaopt.org/content/statement-united-nations-resident-and-humanitarian-coordinator-lynn-hastingsisraeli-designation-civil-society>

Der Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes brachte „seine tiefe Besorgnis über Israels Entscheidung“ zum Ausdruck und betonte, dass „[d]ie Arbeit dieser Organisationen [...] für die Förderung der Menschenrechte und die Achtung des Völkerrechts in unseren gemeinsamen Bemühungen um eine gerechte Lösung der Palästina-Frage [...]“ unerlässlich ist. 45

45) See „Statement of the Bureau of the Committee on the Exercise of the Inalienable Rights of the Palestinian People,” 27 October 2021, <https://www.un.org/unispal/document/ceirpp-bureau-statement-israels-designation-of-sixpalestinian-csos-as-terrorist-organizations/>

Die sechs palästinensischen Organisationen begrüßen solche Unterstützungsbekundungen, die im Einklang stehen mit ihrer gemeinsamen Verpflichtung zur Verwirklichung der Einhaltung von Völkerrecht, Menschenrechten und Gerechtigkeit in Palästina. Angesichts der Schwere der Einstufungen, der gravierenden Auswirkungen und Gefahr der Nachahmung, die dieser Präzedenzfall bei der Zerschlagung von Organisationen der Zivilgesellschaft unter Kontrolle Israels haben könnte, reichen Unterstützungsbekundungen nicht aus, Es sind weitere proaktive Maßnahmen erforderlich, insbesondere was die finanziellen Auswirkungen der

Bezeichnung von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft betrifft.

In Anbetracht der obigen Feststellungen empfehlen die sechs palästinensischen Organisationen, dass die internationale Gemeinschaft, die UN-Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft:

- 1. Israel aufzufordern, die Einstufungen zurückzunehmen, die gegen die Freiheit der Meinung, Meinungsäußerung und Vereinigung verstoßen und einen Akt der Apartheid darstellen, der nach Artikel 7(2)(h) des Römischen Statuts strafrechtlich verfolgt werden kann;**
- 2. ein Bulletin für Banken und Finanzinstitutionen zu veröffentlichen, in dem diese aufgefordert werden, die von Israel vorgenommene Einstufung der sechs palästinensischen Organisationen als Terroristen als unzutreffend zurückweisen;**
- 3. mit der Europäischen Union und den Drittstaaten direkt zu kommunizieren und zu empfehlen, dass diese die „Terrorismus“-Klauseln als interne Bedingungen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den besetzten palästinensischen Gebieten aufheben;**
- 4. Aufforderung an die UN-Sonderberichterstatterin für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Bekämpfung des Terrorismus, Frau Fionnuala Ní Aoláin, die Vereinbarkeit des Anti-Terror-Gesetzes von 2016 mit den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Humanitären Völkerrecht zu prüfen;**
- 5. die Anwendung des Anti-Terror-Gesetzes von 2016 auf zivilgesellschaftliche Organisationen in den besetzten Gebieten als eine Ausweitung von Israels innerstaatlichem Recht auf die besetzten Gebiete zu verurteilen;**
- 6. Israel aufzufordern, das Anti-Terror-Gesetz von 2016 aufzuheben, das effektiv zur Institutionalisierung der Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern benutzt wird und dazu dient, seine koloniale Herrschaft über das palästinensische Volk und sein Land zu zementieren;**
- 7. Israel aufzufordern, unverzüglich seine systematische und andauernde Politik und Praxis einzustellen, die darauf abzielt, die palästinensische Zivilgesellschaft und die Menschenrechtsverteidiger einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, was einen Verstoß gegen ihr Recht auf Freiheit und freie Meinungsäußerung darstellt, unter anderem durch willkürliche Verhaftungen, Folter und andere Misshandlungen, institutionalisierte Hassreden und Aufhetzung, Entzug der Aufenthaltsgenehmigung, Deportationen und andere Formen von Zwangs- oder Strafmaßnahmen.**

Quelle:

<https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/dangerous-designations-pdf-al-haq-al-adameer-etc-30.10.21.pdf>